

Wien, Freitag, den 3. Juni 1927.

Autobusnachtverkehr. Anlässlich der Wiener Festwochen werden vom 4. bis einschliesslich 19. Juni ab Grinzing Autobusse in die Innere Stadt mit Anschluss an die übrigen Nachtlinien geführt. Die Wagen werden von 1 Uhr nachts bis  $\frac{1}{2}$  4 Uhr früh in Abständen von je dreissig Minuten verkehren. Die Strecke Grinzing Stefansplatz wird in vier Teile zerlegt; Fahrpreis für eine Teilstrecke zwanzig Groschen.

Autobusfirmungsverkehr. Am Pfingstsonntag und am Pfingstmontag werden für die Firmlinge von 8 bis 11 Uhr und von 13 bis 16 Uhr Autobusse vom Stefansplatz zum Praterstern geführt. Der Fahrpreis ist einheitlich vierzig Groschen für Erwachsene und Kinder.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 3. Juni 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung und teilt mit, dass der Wiener Gemeinderat in den nächsten Wochen zweimal wöchentlich tagen wird.

Als erster Referent beantragt Professor Dr. Tandler einen Sachkredit von 40.000 Schilling für die Instandsetzung des Schlosses Wilhelminenberg zu einem städtischen Kinderheim. Bisher hatte die Gemeinde Wien zwei Kinderheime zur Verfügung. Es waren dies das Kinderheim Grinzing, das nicht mehr in Betrieb ist und das Kinderheim Tivoli, das zwar noch in Betrieb ist. Es ist ein Barackenlager, das für den Zweck einer Kinderherberge nun nicht mehr verwandbar ist. Es soll aufgelassen werden und die Kinder nun, bevor sie einen endgültigen Pflegeplatz zugewiesen werden, im Kinderheim Schloss Wilhelminenberg untergebracht werden.

Herrn Dr. Motzko (E.L.) begrüsst die Umwandlung des Schlosses Wilhelminenberg in ein Kinderheim. Soll jedoch die Fürsorge durchaus intensiv und extensiv sein, ist dazu die gesamte Fürsorge nötig und nicht nur die in den städtischen und sozialistischen Anstalten. Für die Fürsorge muss herangezogen werden, was sich als brauchbare Fürsorge ausnutzen lässt. Von 141 Kindergärten in Berlin sind nur 13 städtische Anstalten. Von 132 Horten ebenfalls nur 13 städtische Anstalten. Von 29 Tagesheimen nur 14 städtische Anstalten. Berlin sieht eben die private Fürsorge intensiv heran und unterstützt sie mit Zuschüssen für die Gehälter und mit Pauschalbeträgen für Miete und Beleuchtung. Die Wiener Gemeindeverwaltung zieht aber nur sozialistische Einrichtungen zur Mitarbeit heran. So werden der Bereitschaft, den Kinderfreunden und sogar der Humanitas Kinder in Pflege übergeben. Eine grosse Gruppe von Anstalten werden links liegen gelassen und das sind die Anstalten der Caritas, die über 64 Kindergärten, über 81 Tagesheime, über 36 Schulen und 51 Internaten verfügt. Gerade die Charitasanstalten sind heute die besten und billigsten Anstalten. Während die städtische Fürsorge pro Kind täglich 5 S 30 Groschen, die anderen Anstalten 3 S aufwenden, genügt in den Charitasanstalten der Betrag von zwei Schilling, ohne dass dadurch die Fürsorgezwecke in irgendeiner Weise eingeschränkt werden. Die Fürsorge der Wiener Gemeindeverwaltung ist keine richtige Fürsorge. Geben Sie Ihre feindselige Haltung gegen die Caritas auf, und dann wird man erst von einer richtigen Fürsorgepolitik sprechen können.

Zu den Ausführungen der Frau Gemeinderätin Motzko bemerkt Stadtrat Professor Tandler in seinem Schlusswort, dass er ein Feind der Unterbringung von Kindern in Anstalten sei, weil die Art der Erziehung und der geistigen Einstellung die Kinder minder resistenzfähig mache. Derzeit

hat das Wiener Jugendheim 12.000 Kinder bei den eigenen Eltern in Pflege und dreitausend Kinder bei Pflegeparteien. Das ist selbstverständlich besser als eine Massenunterbringung. Auch sind die Kinder bei den Pflegeeltern viel weniger Infektionskrankheiten ausgesetzt als in Anstalten. Daher ist es das Beste, so viel Kinder als möglich in Einzelpflege zu geben.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Nun referiert Stadtrat Professor Dr. Tandler über die unentgeltliche Abgabe von Säuglingswäsche an Frauen, die nach Wien zuständig und in Wien wohnhaft sind. Die Kosten hierfür betragen 555.000 Schilling. Die Feststellung des Inventars sowie der Bedingungen hat der Ausschuss für Wohlfahrts-einrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen bereits am 23. Februar d. J. prinzipiell genehmigt. Die Aktion ist besonders im Interesse der Aufzuchtspolitik wichtig und sie ist auch eine Erziehungsaktion, weil die Frauen mit der Übernahme der Säuglingswäsche auch die Verpflichtung zur Reinlichkeit übernehmen, die besonders für die Säuglinge von grösster Bedeutung ist. Die Vermögensverhältnisse der Mutter spielen selbstverständlich gar keine Rolle, weil sie mit einer verallgemeinerung einer zielstrebigen Aufzucht gar nichts zu tun haben.

G.R. Müller (E.L.) stellt fest, dass die rote Farbe an den Schachteln in denen die Säuglingswäsche verpackt ist, ausgeht und die einzelnen Stücke beschmutzt. Dem Referenten werde freilich diese Farbe am liebsten sein, weil die Leute glauben sollen, dass sie die roten Schachteln von der roten Gemeindeverwaltung bekommen. Am besten wäre die Anfertigung von Holzschachteln, die gewiss etwas mehr Kosten verursachen, aber dauerhafter sind. Die Bestimmung, dass nur nach Wien zuständige Mütter die Säuglingswäsche erhalten, birgt in sich eine gewisse Härte. Es gibt tausende Gemeindeangestellte, die wegen der Wohnungsnot ausserhalb Wiens wohnen und deshalb die Säuglingswäsche nicht bekommen können. Hier könnte gewiss eine Aenderung erfolgen (Beifall bei der Minderheit).

G.R. Preyer (E.L.) begrüsst es, dass bedürftige Frauen die Säuglingswäsche bekommen. Es wird aber bei dieser Aktion kein Unterschied gemacht, ob die Mütter bedürftig sind oder nicht. Das bringt es mit sich, dass auch viele wohlhabende Mütter um die Wäsche ansuchen. Es ist deshalb keine Wohlfahrtsaktion, sondern eine parteipolitische Angelegenheit, die ja auch kurze Zeit vor den Wahlen gemacht wurde. Im Volksmund spricht man ja unumwunden von den Wahlwindeln. Es wird auch hier mit der Zeit so werden, wie mit den Lernmitteln in der Schule.

Die roten Schachteln mit der Säuglingswäsche werden von Abgesandten des Bürgermeisters den Müttern in die Wohnung gebracht. Mit dem Glückwunsch des Bürgermeisters wird gleichzeitig die sozialdemokratische Partei bestens empfohlen. Das ist nicht das, was den Charakter einer Wohlfahrtsaktion trägt. Auf der anderen Seite wird gespart. Insbesondere bei den Erhaltungsbeträgen knausert die Mehrheit. Hier wird aber mit den Steuergeldern Parteipolitik betrieben. Dagegen müssen wir unsere Stimmen erheben. Es ist nicht die Aufgabe der Gemeinde für die Reichen zu sorgen. Der Redner beantragt, dass die Säuglingswäsche nur nach Wien zuständige und bedürftige Mütter erhalten sollen (Beifall bei der Minderheit).

G.R. Dr. Motzko (E.L.) erklärt, dass schon vor dem Krieg die katholische Frauenorganisation an bedürftige Mütter sogenannte Wochenkörbe leihweise für mehrere Monate ausgegeben hat. Es ist also keineswegs eine neue Tat, die von der Gemeindeverwaltung jetzt gemacht wurde. Leider hat die Aktion der katholischen Frauenorganisation von der Gemeinde nicht die geringste Förderung erfahren. An und für sich ist die Aktion der Gemeinde eine wertvolle Sache. Freilich haben wir bis heute noch keinen Ueberblick, was Sie damit meinen. Bei der Beratung im Stadtsenat waren Sie selbst nicht darüber einig, ob es sich um eine Wohlfahrtsaktion oder um eine allgemeine Gab-

handelt. Wie es nun den Anschein hat, haben Sie sich für das letztere entschieden. Aber solange Sie in der offenen Familienfürsorge zurückbleiben, haben Sie nicht das Recht etwas zu verschenken. Wird doch heute noch der Erlass gehandhabt, der bestimmt, dass Eltern mit vier bis fünf Kindern nur bis fünfzig Schilling monatlich Erhaltungsbeitrag bekommen dürfen. Nur in manchen Fällen von besonderer Not wird über diese Maximalgrenzen hinausgegangen, dem gegenüber stehen aber viele Fälle, wo Mütter mit vier bis fünf Kindern viel weniger bekommen. Solange Sie so viele Mütter hungern lassen, solange hat die Gemeinde kein Recht, den Menschen etwas zu schenken, die es nicht notwendig haben. Sie versuchen jetzt scheinbar den Familiengedanken und das Muttergewissen wieder zu beleben, weil beides durch Ihre Organisationen zerstört wurde. Aber mit dieser Aktion, die wahllos gibt, werden Sie dies nicht erreichen (Beifall bei der Minderheit).

G. Rtin. Bock (soz. dem.) sagt, dass diese Fürsorge, die bei den Frauen Wiens so viele Zustimmung gefunden hat, von der Minderheit mit eigentümlichen Mitteln angeknüpft werde. Heute ist man sogar so weit gegangen, dass man die Frauen, die sich in den Dienst der Sache gestellt haben, einer parteipolitischen Propaganda beschuldigt. Freilich, es ist nicht das erste Mal, dass von dieser Seite Frauen verdächtigt wurden. Wir wären nur dankbar, wenn uns der Herr Preyer für seine Beschuldigung auch den Beweis erbringen würde. Er ist ihm aber schuldig geblieben. Eine christlichsoziale Bezirksrätin hat in einer Versammlung auf der Wieden kurz vor den Wahlen erklärt, dass sie sich die Windeln nicht schenken lässt, weil sie nicht in einer Bettlerstadt leben will. Wir stellen fest, dass die Mütter, die von der Gemeinde diese Gabe erhalten, gar nicht das Gefühl des Beschenktwerdens haben, sondern schon wissen, dass das Gemeinwesen eben gewisse Aufgaben zu erfüllen hat (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). In Ihren Reden, aber auch Ihre Flugblätter, in denen Sie den Müttern erzählen, dass die aus der Schule austretenden Mädchen ohne jeden sittlichen Halt sind, ja dass die Glöckelschule vierzehnjährige Dirnen hervorbringt, sind für uns die beste Propaganda. Wir haben den Müttern, deren Kinder so beschimpft wurden, in den Versammlungen das erzählt und der Erfolg hat sich am 24. April eingestellt.

G. R. Stöger (E. L.) Das ist ein Dreh! Mieterschutz und Wahlschwindel!

G. R. Thaller (soz. dem.): Auf der Wieden haben wir fünfzig Prozent Stimmenzuwachs!

G. R. Jenschik (soz. dem.): Das nächste Mal wird der Herr Stöger nicht mehr gewählt!

G. Rtin. Bock: Vom Wahlschwindel sollten Sie nicht sprechen. Wir haben am 24. April vierzigtausend Frauenstimmen mehr gehabt als Männerstimmen. Sie haben heute nur deshalb mehr Frauenstimmen als Männerstimmen, weil Sie Politik und Religion in einer Weise verquicken, die die Frauen noch nicht unterscheiden können. Unter Professor Tandler wurde in Wien ein Fürsorgewesen eingerichtet, das einzig in der Welt dasteht. Wir werden noch mehr als bisher in die Familie eindringen und hoffen alle Mütter zu erfassen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

G. R. Panosch (E. L.) erklärt, dass das sozialistische Programm die Zerstörung des Familienlebens vorsieht. Die Frau Gemeinderätin Bock hat gesagt, Sie wollen noch mehr ins Familienleben eingreifen. Unsere Vermutung wird daher richtig sein, dass Sie alles für Parteizwecke ausnützen wollen. Wir haben gegen die sogenannten Wahlwindeln/einzuwenden, aber daran müssen wir Kritik üben, dass Sie sie arm und reich geben. Vom Standpunkt eines Gewerbetreibenden muss ich nun sagen, dass die Säuglingswäscheaktion einen kolossalen Ausfall für das Gewerbe bedeutet. Sie besorgen sich die Wäsche von Großhändlern und die kleinen Leute fallen um. Wir sind der Ansicht

dass die Säuglingswäsche nur Bedürftigen gegeben werden soll und das umso mehr, als im Versatzamt schon viele versetzte Wäschepakete liegen. (Beifall)

G. Rtin. Dr. Motzko (E. L.) stellt fest, dass die Säuglingswäscheaktion nicht im Wesen sondern in der Auffassung bekämpft wird. Sie nimmt dann in längeren Ausführungen zu der Rede der Gemeinderätin Bock Stellung und sagt weiters: Sie sagen, dass Religion Privatsache ist. Die Handlungen der Gemeindeverwaltung aber beweisen dass dies nur ein Schlagwort ist. Sie zerstören die sittlich-religiöse Auffassung und das ist ja begreiflich, weil Sie sich doch schon als westlichen Exponenten des russischen Marxismus bezeichnet haben. (Beifall bei der Minderheit, Gelächter bei den Sozialdemokraten). Sie haben auch das Bestreben, in die öffentlichen Schulen den Kinderfreundegeist hineinzutragen, in dem Sie Elternvereine ganzer Schulen den Kinderfreunden beitreten lassen. Der Geist der Kinderfreunde ist bei den Kindersüßen bei der Malfest zu sehen. Wenn man da gewisse Lieder hört, die die Kinder singen, so versteht man nicht, dass Sie den Mut haben, zu sagen, dass das nicht sinnliche Verrohung ist. (Beifall bei der Minderheit, Entrüstung bei den Sozialdemokraten. Lärm). Gemeinderätin Bock: Sagen Sie das den Müttern! G. R. Hofbauer: Untersuchen Sie die Vorgänge im Melker Stift und dann reden Sie von sittlicher Verrohung!

G. Rtin. Motzko: fortgehend: Der Abend hat schon mehr auf dem Gewissen als die Melker Angelegenheit.

Ich unterschreibe die Ansicht der Frau Wolfring, die gesagt hat, sie will in keiner Bettelstadt leben (G. R. Hofbauer: Das ist Protzertum der Besitzenden!) Die Frau Fürsorgerätin Wolfring hat ein hartes Leben hinter sich und lebt jetzt noch in bitteren Verhältnissen. Ihr Mann ist infolge Ihrer unseeligen Steuerpolitik zugrunde gegangen. Da muss man schon sagen: Geben Sie den Wienern endlich Arbeit und Brot, damit sie nicht betteln gehen müssen. (Beifall bei der Minderheit). Die Frau Wolfring ist jene Frau, Herr Stadtrat Professor Tandler, die von Ihren Leuten eine Gebührenscheibe beschimpft wurde. Das, Herr Stadtrat, ist die Antwort Ihrer Leute auf Ihre Bemühungen in der Aufsuchtspolitik.

In seinem Schlusswort erklärt Professor Tandler, dass die Beschränkung der Säuglingswäscheaktion auf Bedürftige der Kardinalpunkt der Frage ist. Wir lehnen das ab, denn wir wollen nicht, dass die Fürsorgeaktion eine Armeulentsaktion wird. In der Aufsuchtsfrage muss dies auf jeden Fall eliminiert werden. Für die Mütter soll die Säuglingswäsche keine Unterstützung sein, sondern ein Kompliment, weil sie ein Kind geboren hat. Wir wollen der Mutter die Hochachtung der Gesellschaft ausdrücken, der Mutter, der Gebührenscheibe eines neuen Menschen. Diese Hochachtung der Mutter ist uralte, sie ist älter als alle heutigen Religionen überhaupt. Originell aber an unserer Kinderwäscheaktion ist (Stadtrat Rummelhardt: Dass sie vor den Wahlen gemacht wurde!) dass wir der Mutter die Hochachtung pflichtgemäß bezeugen.

Sie sagen immer, dass es ein integrierender Bestandteil unseres Programmes ist, die Familie zu sprengen. (Lärm bei der Minderheit). Sie behaupten, dass Sie die Erhalter der Familien sind und wir die Zerstörer. Welche Beweise haben Sie dafür, dass dies so ist? Sehen Sie sich die Wohnbauten an, die alle nur der Erhaltung der Familie dienen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten, Lärm bei der Minderheit). Sie mögen spotten, so viel Sie wollen. Aber Sie müssen mir zugeben, dass das Herausreißen von Familien aus dem Elend, aus dumpfen Löchern in lichte und sonnige Wohnungen auch Erhaltung von Familien ist. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten).

Wir verlangen von jeder Mutter, dass sie persönlich ins Jugendamt komme, dass sie dort ihre Schwangerschaft zugibt und auf die Säuglingswäsche Anspruch erhebt. Wenn eine Frau die Heiligkeit ihres Zustandes für ein Wäschepaket hergibt, dann täten wir ein grosses Unrecht, sie von der Aktion auszunehmen. Sie sagen auch, dass wir die Säuglingswäsche an Wohlhabende geben. Diese Wohlhabende sind Beamte, für die ein Familienzuwachs eine finanzielle Katastrophe ist. Für unsere Aktionen haben wir im Ausland eine sehr grosse Anerkennung gefunden. Die Eheberatungsstelle wurde seinerzeit viel verlacht und verspottet. Am 12. Juli ist in Berlin eine grosse Tagung der deutschen Eheberater. Heute gibt es in Deutschland nicht weniger als siebenzig Eheberatungsstellen. Wegen unserer Säuglingswäsche kommen an uns Briefe von Deutschland, von England, von der Tschechoslovakei usw. Alle Fragen wie wir das machen; denn sie wollen es auch nachmachen.

Wir schützen den Muttergedanken. Bleiben Sie dort wo sie sind, und propagieren Sie die Hebung des Muttergedankens durch das Wort, aber gestatten Sie uns, dass wir es durch die Tat tun. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten).

Die Vorlage wird sodann angenommen und der Zusatzantrag des Gemeinderates Preyer abgelehnt.

St. R. Siegel referiert über die Errichtung von Kinderfreibädern im Augarten im Simmeringerpark, auf dem Vogelweidplatz, auf dem Kongressplatz und auf dem Lorenz Bayerplatz. Die ersten vier Bäder erfordern 360.000 Schilling und das Bad auf dem Lorenz Bayerplatz 90.000 Schilling. Die Gemeindeverwaltung betreibt jetzt acht Kinderfreibäder, die von nicht weniger als 632.175 Kindern besucht wurden. Die Gemeinde wird die Errichtung von Kinderfreibädern fortsetzen. Das Simmeringer Kinderfreibad und das Bad auf dem Lorenz Bayerplatz wird Ende dieses Monats eröffnet werden und die anderen kurze Zeit nachher.

G.R. Doppler (E.L.) erklärt, dass seine Partei der Errichtung von Kinderfreibädern selbstverständlich seine Zustimmung gibt. Er bringt einige Wünsche bezüglich des Bades auf dem Lorenz Bayerplatz vor, insbesondere sei der Platz dort zu belebt. Ein schwerer Uebergreif sei auch festzustellen bezüglich der verfassungsmässigen Behandlung der Vorlage. Die Arbeit ist bereits weit vorgeschritten und erst heute kommt der Antrag in den Gemeinderat. Man könne deshalb bei dieser Vorlage von einem Bruch der Verfassung und des Gelöbnisses reden.

St.R. Siegel: Ich habe doch gesagt, dass die Vorlage bereits vom Bürgermeister auf Grund des § 96 der Verfassung genehmigt wurde und der Gemeinderat nachträglich um die Genehmigung ersucht wird.

GR. Doppler: Aber davon steht nichts in der Vorlage und gegen diese Methode müssen wir uns ganz energisch verwahren. Der Gemeinderat macht sich doch nur lächerlich und wir sind doch keine Wurstel. Diese Geheimwissenschaft der Referenten muss endlich aufhören. Gewöhnen Sie sich das ab, denn es liegt Methode in der Sache. Wir verbieten das ein für allemal und wünschen eine anständige Behandlung. (Beifall bei der Minderheit).

St.R. Siegel: Diese Aufregung ist absolut nicht am Platz. Es liegt ein Versehen der Kanzlei vor, weil vergessen wurde, anzuführen, dass das

Stück auf Grund des § 96 genehmigt wurde. Sicherlich gibt das keinem Gemeinderat das Recht von einem Verfassungsbruch zu reden. Mit Freude müssen wir auch feststellen, dass die Minderheit heute ihre prinzipielle Zustimmung zur Errichtung der Kinderfreibäder gegeben hat. Das war nicht immer so und erst im vergangenen Jahr hat die Bezirksvertretung Döbling, in der die Parteien, die heute in der Einheitsliste vereinigt sind, die Mehrheit hatten, die Sperre des Kinderfreibades im Türkenschanzpark aus Gründen der Sittlichkeit verlangt. Wenn nun die Einheitsliste einer anderen Meinung, nämlich einer vernünftigen, geworden ist, so kann man das nur begrüssen. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Errichtung der Kinderfreibäder wird einstimmig genehmigt.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt den Ausbau der städtischen Gaswerke Simmering und Leopoldau. Es werden maschinelle Anlagen, durch die die Leistungsfähigkeit der beiden Werke stark gesteigert wird, mit einem Kostenaufwand von rund 5,3 Millionen Schilling, errichtet. Die Vergrösserung ist notwendig, weil die Zahl der Konsumenten unablässig wächst. Im Jahre 1919 wurden 170.000 Gasabnehmer festgestellt, heute sind es mehr als 400.000. Die Ausgaben werden durch einen Bankkredit gedeckt.

GR. Scholz (E.L.) begrüsst die Vorlage, weil dadurch gewiss eine Linderung der Arbeitslosigkeit erzielt wird. Er bespricht dann ausführlich die in den Jahren 1921 und 1922 eingehobenen Vorauszahlungen und verlangt, dass die Gaswerke den Konsumenten diese Beträge in Natura zurückerstatten. Es müsse dies nicht auf einmal geschehen, gewiss aber wäre es stufenweise ohne weiteres möglich.

GR. Zimmerl (E.L.) bemängelt, dass die Vorlage, die den Gemeinderäten gegeben wurde, unzulänglich ist. Die Ausgabe wird wieder durch den Bankkredit gedeckt. In der letzten Sitzung, wurde uns erzählt, dass die Bankkredite mit der Erwerbssteuer nichts zu tun hätten. Jahrelang hat nämlich Stadtrat Breitner den Unternehmungen aus städtischen Mitteln die Gelder zur Verfügung gestellt. Dann wurde plötzlich der Bankkredit durch einen Erlass verfügt, weil man mit der Erwerbssteuer in Schwierigkeiten kam. Unserer Meinung nach sind die Bankkredite nur vorgetäuschte Kredite. (Beifall bei der Minderheit). Bei den Gas- und Elektrizitätswerken sind nämlich die Gewinne so hoch, dass ganz gewaltige Investitionen aus Betriebsmitteln gemacht werden. Bei der Strassenbahn ist es umgekehrt, da werden ganz kleine Ausgaben, wie der Ankauf einer Schreibmaschine auf Bankkredite verwiesen. Da können Sie von uns nicht verlangen, dass wir uns in der Kritik der städtischen Unternehmungen auf einer einheitlichen Linie bewegen sollen. Es wäre denn, dass wir einen neuen geometrischen Betrieb konstruieren, nämlich die Emmerling-Linie (Heiterkeit und Beifall bei der Minderheit). Wenn in der letzten Sitzung uns vorgeworfen wurde, dass wir für die kapitalistische und Sie für die sozialistische Wirtschaftsführung sind, so ist das ein grosser Irrtum. Was Sie hier eingerichtet haben, ist eine raffinierte Finanzpolitik, die den Boden für die spätere Einführung einer sozialistischen Wirtschaft ebnet soll. Dies geschieht jetzt zum Schaden der Unternehmer und Arbeiter. Es ist das, was wir als den Austromarxismus bezeichnen. Schliesslich beantragt Gemeinderat Zimmerl, dass die Vorauszahlungen in Natura zurückzuzahlen sind und der amtsführende Stadtrat dem Gemeinderat in kürzester Zeit über die Durchführung zu berichten hat.

Vizebürgermeister Emmerling erwidert, dass die Vorauszahlungen durch keine Wiener Erscheinung sind. Auch in Berlin hat man die Vorauszahlungen in der Inflation eingehoben. Es war eben eine Art Beschaffung von Betriebskapital. Zwingt man die Unternehmungen die Vorauszahlungen zurückzuzahlen, dann müssen sie Bankkredite aufnehmen, die natügemäss wieder nur die Konsumenten belasten würden. Der Staat verlangt ja heute noch von den Telefonabonnenten für ein halbes Jahr Vorauszahlung. Für die Gas- und Stromkonsumenten wäre durch die Rückzahlung der Vorauszahlungen finanziell gar nichts geleistet, weil dann die Tarife erhöht werden müssten. Was die Erwerbssteuer anlangt, so haben die Unternehmungen noch gar keine Verschreibung erhalten. Es ist aber selbstverständlich, dass die Gas- und Elektrizitätswerke, die mit Ueberschüssen arbeiten, gewisse Ausgaben auf Betriebsmittel buchen. Die Strassenbahn weist einen Abgang aus, hat daher keine Betriebsmittel und muss jede Ausgabe auf den Bankkredit verweisen. Wir verzichten bei den Unternehmungen auf jeden Reingewinn, was dazu geführt hat, dass Wien den billigsten Gas- und Strompreis und den billigsten Strassenbahntarif in ganz Europa hat. Diese Art von Wirtschaftsführung hat am 24. April bei den Wiener Wählern auch das richtige Verständnis gefunden. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Vorlage wird einstimmig angenommen. Der Antrag Zimmerl abgelehnt.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt die Erweiterung der Reini-  
geranlage im Gaswerk Leopoldau. Die Kosten betragen 300.000 Schilling.

Die Vorlage wird ohne Debatte genehmigt.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet über die Ausgestaltung der  
Wassergasanlage im Simmeringer Gaswerk. Die Kosten betragen 170.000 Schil-  
ling und werden auf Betriebsmitteln verwiesen.

G.R. Schelz bemängelt, dass diese Ausgabe auf Betriebsmitteln ver-  
wiesen wird. Es handelt sich um eine neue Kesselanlage, den nach um eine  
wertvermehrende Investition, die auf Bankkredit zu verweisen sei.

Vizebürgermeister Emmerling entgegnet, dass die alte Anlage be-  
lassen werden könnte. Die Fortschritte der Technik sprechen aber für die  
Errichtung einer neuen Anlage, die billiger arbeitet. Es sei also hier eine  
Anschaffung, die zum normalen Betrieb gehört und deshalb aus Betriebsmittel  
gedeckt werden muss.

Der Antrag wird angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt für die Erweiterung der  
Naphtalinwäscheranlage im Gaswerk Leopoldau die Gewährung eines Sachkre-  
dites von zweihunderttausend Schilling. Dieser Kredit soll von der Bank  
genommen werden.

G.R. Schelz wünscht, dass mit dem Bauauftrag eine einschlägige  
Industrie betraut werde. Es ist schon vorgekommen, dass man sich sogenann-  
ter Deckmänner bedient habe. Im Gaswerk Simmering wurde einmal der Bau  
einer Anlage einem italienischen Döschgräber übertragen.

Der Redner stellt dann an den Referenten die Anfrage ob die Arbeiten der  
Naphtalinwäscheranlage öffentlich ausgeschrieben werden oder ob ein be-  
schränktes Offertanbot besteht.

G.R. Doppler (E.L.) bringt dann die Ablehnung eines Offertes der  
Firma Warchalowsky zur Sprache. Es wurden die Arbeiten für das Sud-  
werk des städtischen Brauhauses vergeben. Die Firma Warchalowsky hat nun  
um einen Abbau von Arbeitern und Angestellten hinten zu halten, ein sehr  
billiges Offert gestellt. Darauf wurde auch Nationalrat Domek aufmerksam  
gemacht. Trotz der Gefahr, dass im Falle einer Ablehnung ihres Offertes  
die Firma Warchalowsky gegen siebzig Arbeiter und dreissig Angestellte  
entlassen müsste, wurde diese grosse Bestellung an eine Münchener Firma  
vergeben. Man hat erfahren, dass die Ablehnung eine Art Strafe dafür sein  
soll, dass gegen neunzig Prozent der Arbeiter kommunistisch gesinnt seien  
und sich die Angestellten für die Kollegialität entschieden haben. Deshalb  
soll das Angebot der Firma Warchalowsky abgelehnt worden sein. Tatsache  
ist, dass die Firma Warchalowsky nun bei der industriellen Bezirkskommissio-  
um die Bewilligung des Abbaues von zweihundert Arbeitern angesucht hat  
und diese Woche bereits dreissig Arbeiter abgebaut werden. Wie liegen nun  
die Dinge? Sollte wirklich aus dem gesagten Grund das Angebot der Firma  
Warchalowsky abgelehnt worden sein, so wäre diese Tatsache fürchterlich  
und kein Wort wäre zu scharf, um sie zu kennzeichnen.

Vizebürgermeister Emmerling erklärt in seinem Schlusswort bezüglich  
der Firma Warchalowsky, dass sich die Dinge nicht so ver-  
halten, wie sie Herr Gemeinderat Doppler geschildert hat. Um die Vergabung  
der Arbeit im städtischen Brauhaus bewarben sich die Firmen Warchalowsky  
und Dolensky. Als ausführende Firma hatte Warchalowsky die Firma Ziemann  
und die Firma Dolensky die Münchener Firma Glöggel angegeben. Das Offert

der Firma Warchalowsky war auch bedeutend teurer als das andere. Es wurde  
die Arbeit der Firma Dolensky übertragen und zwar hauptsächlich aus dem  
Grunde, weil für die Anlage selbst die als erstklassig bekannte Firma  
Glöggel haftet. Ueberdies wurde auch in dem Vertrag die Bestimmung die Be-  
stimmung, dass alle Bestandteile in Wien gemacht werden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling referiert dann weiters über die Be-  
schaffung von siebentausend Gasmessern, wofür ein Sachkredit von 600.000  
Schilling notwendig ist. Die Zahl der Konsumenten der städtischen Wiener  
Gaswerke nimmt durchschnittlich im Monat um dreitausend zu. Bisher hat der  
Gemeinderat bereits schon die Beschaffung von 21.000 Gasmessern beschlos-  
sen, und um den Anforderungen weiter entsprechen zu können, ist nun die Be-  
schaffung von weiteren 7.000 Schilling notwendig.

G.R. Holoubek (E.L.) wünscht ziffermässige Darstellungen darüber,  
wie sich die Gemeindelieferung auf die Linderung der Arbeitslosigkeit aus-  
wirken. Er spricht dann über die Unfälle, die durch das Gas entstehen  
und verlangt, dass die Bevölkerung darüber entsprechend beruhigt werden  
solle. Er stellt dann weiters den Antrag, jenen Abnehmern, die das Gas  
zu Nutz und Geschäftszwecken verwenden, einen zehnprozentigen Nachlass  
zu gewähren, und jenen Abnehmern, die öffentlich unterstützt werden, wie  
Arbeitslose, Kleinrentner u.s.w. einen fünfzehnprozentigen Nachlass zu  
gewähren.

In seinem Schlusswort erklärt Vizebürgermeister Emmerling,  
dass über die Vorsicht, die bei der Gasverwendung zu üben ist, entspre-  
chende Vorschriften an die Konsumenten hinausgegeben werden. Die Menschen  
gehen mit Gas viel zu sorglos um und daher kommt es auch zu den Unfäl-  
len verschiedenster Art. Es besteht fernerhin auch die Absicht, sämtliche  
Anlagen einer Prüfung zu unterziehen. Konsumenten, die Gas für gewerbli-  
che Zwecke verwenden, erhalten sowieso schon namhafte Preisnachlässe,  
die sich der Menge des Verbrauches richten. Um auf den Gaspreis zurück-  
zukommen, sei nur bemerkt, dass 30 Kubikmeter Gas in Berlin acht S  
84 Groschen kosten, während der Preis für dieselbe Menge in Wien nur  
5 S 70 Groschen ohne die Rente für den Gasmesser ausmacht, die in Berlin  
noch gezahlt werden muss.

Der Antrag wird angenommen und der Antrag Holoubek der ge-  
schäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt den Bau einer zwei-  
ten Wagenhalle im Bahnhof Floridsdorf. Die Halle wird achtzig Wagen fas-  
sen. Die Kosten betragen voraussichtlich 902.000 Schilling.

Vizebürgermeister Hoss: ersucht um Einmündung der 32er Li-  
nie in die 3ler Linie zur Verbesserung des Verkehres nach Floridsdorf  
und weiters wünscht er die Führung der Linie O nach Floridsdorf.

Vizebürgermeister Emmerling erklärt, dass bereits für den  
Verkehr nach Floridsdorf kurze Wagentabstände eingeführt wurden und über-  
dies die Absicht besteht, die Linie 11 direkt hinauszuführen.

Der Antrag wird angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt die Ergänzung des  
Gemeinderatsbeschlusses vom 30. September 1921, betreffend den Zweck der  
städtischen Ankündigungsunternehmen, dahin, dass der Ankündigungsunter-  
nehmung auch die Unterstützung der zuständigen magistratischen Dienst-  
stellen bei der Behandlung platzpflichtiger Gegenstände zukommt.

GR. Kunschak (E.L.) erklärt, dass sich nun heute die erste und seltene Gelegenheit bietet, über das Plakatierungsrecht in Wien zu sprechen. Sie haben auch über den 24. April hier gesprochen. Das ist ein leichtfertiges Spiel, denn Sie jonglieren mit einer optischen Täuschung. Es ist hier schon oft darauf verwiesen worden, was für Wahlschwindel getrieben worden sind. Da haben wir einmal die Ausfertigung der Wahllisten, die einen Missbrauch der Amtsgewalt darstellt. Den gleichen Vorgang konnten wir nun auch bei der Wipag beobachten. Als Sie seinerzeit als Genossenschaft gegründet wurde, haben wir der Gründung keine Schwierigkeiten bereitet. Wir haben Sie eben damals noch höher eingeschätzt. Wir haben erwartet, dass die Wipag ihre Geschäfte im Interesse der Gemeindeverwaltung und der Allgemeinheit führen werde. Die Wipag hat sich aber eine Praxis zurechtgelegt, die unerhört ist. Durch ein Staatsgrundgesetz ist in unserer Republik jede Zensur aufgehoben. Wir haben die volle Pressefreiheit, wir haben keine Theaterzensur, die Theater können sich in der wildesten Nacktkultur ausleben, wir haben auch keine Kinozensur und in den Kinos kann sogar auch die Republik verhöhnt werden. Wir haben geglaubt, dass gerade die Sozialdemokraten die Aufhebung jeder Zensur peinlichst beobachten werden. Die Theorie und Praxis ist aber verschieden und das trifft auch gegenüber der gesetzlich geschützten Pressfreiheit zu. Sie haben die Wipag auf eine parteimässige Einstellung gebracht. Ein Plakat, das Ihnen nicht in den Kram passt, durfte und darf nicht angeschlagen werden. Das ist nicht nur den Christlichsozialen widerfahren, sie haben auch den Fackel-Kraus nicht angeschlagen und Nationalsozialistische Plakate. Ich möchte nur wissen, wo da der Pressestaatsanwalt sitzt. Entweder sitzt er im Büro der Wipag oder in der Kanzlei des Herrn amtsführenden Stadtrates der Verwaltungsgruppe acht.

G.R. Kunschak: Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein städtischer Beamter aus eigenem Entschluss heraus die Kühnheit hätte, sich eine Zensur zu erlauben.

G.R. Zimmerl: Der Oberstaatsanwalt!

G.R. Kunschak: Die Wipag hat von vornherein schon den überwiegenden Teil der Anschlagflächen der sozialdemokratischen Partei überwiesen. Man hat dann allerdings auch der christlichsozialen Partei für einige Tage ein paar Platzlein eingeräumt. Nach einem Bericht der Sozialdemokraten wurden 65.000 Plakate angeschlagen. Wir haben nur fünf Plakate anbringen dürfen. Das erste Plakat wurde an einem Mittwoch an die Wipag geliefert. Donnerstag war es noch nicht angeschlagen, Freitag ebenfalls nicht, Samstag wurde ein kleiner Teil angeschlagen, Montag wieder ein kleiner Teil und Dienstag ebenfalls. Am Mittwoch hat man uns dann einen Teil zurückgegeben, weil angeblich kein Platz frei war. Das zweite Plakat und ein drittes Plakat erlitt dasselbe Schicksal. Vom vierten Plakat hat man uns den Anschlag von zweitausend Stück zugestanden, aber sofort vierhundert zurückgeschickt. Vom fünften Plakat hat man uns dreitausend Stück drei Tage vor der Wahl zurückgeschickt. Da ist auf einmal vor dem christlichsozialen Parteisekretariat ein Wagen erschienen und hat die Plakate gebracht! Man hat uns gesagt, unsere Plakate haben nicht das für die Plakatwände vorgeschriebene Format. Ich habe dann mit dem Masstab feststellen können, dass die sozialdemokratischen Plakate ganz genau denselben Umfang haben! Sie haben also den Amtsmisbrauch der Wipag, wie er hässlicher sich zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei sich gar nicht besser auswirken konnte. Sie haben der Opposition die Möglichkeit genommen, gleichfalls mit Plakaten an die Öffentlichkeit heranzutreten. Das ist gemein er Amtsmisbrauch im Dienst der sozialdemokratischen Partei (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

Es sind aber auch in einzelnen Bezirken die christlichsozialen Plakate, kaum dass sie angeschlagen waren, wieder überklebt worden. Ich konnte das genau beobachten, weil die Wipag neben meinem Wohnhaus ihre Räume hat. Nicht fremde Leute haben das getan, sondern es ist mit dem Amtsapparat der Wipag geschehen. Wenn die Leute nachts ausmarschiert sind, dann waren am anderen Tage unsere Plakate überpickt. Man hat sich die Plakatierung bezahlen lassen und die Plakate schon am nächsten Tage überklebt. Aber es waren gar nicht die Wipagleute. Sie haben sich zwar gegenüber der Polizei als Leute von der Wipag legitimiert, aber wenn man jeden Tag die Menschen gesehen hat, so konnte man feststellen, dass dies ganz andere Personen gewesen sind. Waren es aber keine Angestellten der Wipag, wie konnte man dann den Apparat der Wipag diesen Leuten zur Verfügung stellen?

Es hat dann die christlichsoziale Partei eine Danksagung an die Wähler erlassen, in der der Satz vorkam: Beispielloser Wahlschwindel hat auch um den verdienten größeren Erfolg gebracht. In der Wipag hat man das Anschlagen des Plakates mit der Begründung verwehrt, dass mit dem Wahlschwindel doch nur der Magistrat abgehen kann (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Ich habe mich selbst mit dem Beamten der Wipag ins Einvernehmen gesetzt und er sagte mir, man kann doch nicht von einem städtischen Institut erwarten, dass es ein Plakat anschlägt, in dem der Magistrat beleidigt wird. Ich erklärte, dass das der Wipag einen Schmähen angehe, der Magistrat werde sich, wenn er beleidigt wird, schon selbst wehren. Ein Zensurrecht stehe der Wipag nicht zu. Ich sagte dem Beamten auch wie so er wissen könne, dass der Magistrat gemeint sei. Der Beamte erklärte: Na, wem können Sie denn meinen? Das ist doch ein unerhörter Skandal. Ich setzte mich dann telefonisch mit dem amtsführenden Stadtrat in Verbindung, der mir nahezu wörtlich dasselbe sagte, wie der Beamte. Entweder hat also Vizebürgermeister Emmerling dem Beamten den Auftrag gegeben, oder der Beamte hat den Vizebürgermeister informiert. Auch Vizebürgermeister Emmerling erklärte, da kann man nichts machen, wir lassen den Magistrat nicht beleidigen. Freilich das Plakat wurde trotzdem abgeschlagen. Wir haben in Wien viele Geschäftsleute, die es in die Auslage gehängt haben, es wurde auch wild plakatiert und wir haben einen Streifen oberhalb des Plakates anbringen lassen, der den Wortlaut hatte: Dieses Plakat wurde von der städtischen Plakatierungsanstalt nicht angeschlagen. Das was ich jetzt vorgetragen habe ist aber wahrlich ein solcher Skandal, dass Sie sich auch dann schämen müssten, wenn Sie sich nicht als eine freiheitliche Partei bezeichnen würden.

Sehr interessant ist auch die Preisfestsetzung bei der Wipag. Man hat uns nachträglich den Preis für die Plakatierung ermässigt, was aber nicht aus Liebe zu uns, sondern aus Liebe zur sozialdemokratischen Partei geschehen ist. Die hat ja das hundertfache der Flächen, die wir erhalten haben, von der Wipag bekommen und gewiss mehr als hunderttausend Schilling durch diesen Preisnachlass erspart. Zu Gunsten des sozialdemokratischen Wahlfonds hat man also diese Aktion unternommen. Das kann nicht als eine aufrechte Gebarung bezeichnet werden, sondern ist ein Skandal und eine Affenschande vor der ganzen Welt (Stürmischer Beifall bei der Minderheit). Die heutige Vorlage will der Wipag Begünstigungen zuweisen, aber alle Begünstigungen dieser Anstalt kommen nicht der Allgemeinheit zugute, sondern sind schliesslich nichts anderes als Instrumente im Dienste des bewussten und schamlosen Amtsmisbrauchs (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Sechster Bogen.

GR. Haider (E.L.) nimmt ebenfalls zu der Angelegenheit der Wipag Stellung. Er beschäftigt sich mit den Ansküften, die Vizebürgermeister Emmerling im zuständigen Ausschuss gemacht hat. Vizebürgermeister Emmerling hat im Ausschuss erklärt, dass die Wipag der christlichsozialen Partei ohnedies einen grossen Teil der Ankündigungstafel zur Verfügung gestellt habe, aber das Parteisekretariat es nicht verstanden habe, die Abmachungen einzuhalten. Er hat auch gesagt, dass die Plakate nicht rechtzeitig abgeliefert worden sind und es diesem Umstand zu verdanken ist, dass die Plakate nicht rechtzeitig angeschlagen werden konnten. Es sei daher die christlichsoziale Partei schuld daran und nicht die Wipag. Vizebürgermeister Emmerling hat weiters erklärt, wie seien zu spät aufgestanden, dagegen habe die sozialdemokratische Partei rechtzeitig Abmachungen mit der Wipag getroffen. Ich stelle nur fest, dass das Sekretariat unserer Partei die Plakate ordnungsgemäss abgeliefert hat. Der Widerspruch der Erklärungen des Herrn Vizebürgermeisters mit den faktischen Tatsachen erfordert eine berechtigte Kritik und ein solcher Skandal darf nicht mehr vorkommen. Der Herr Vizebürgermeister dünkt sich als unschuldvoller Engel, das ist seiner nicht würdig. Wir haben für alles ein objektives Urteil und haben es bisher verstanden uns eine entsprechende Reserve auszulegen. Das Vorkommnis aber stinkt zum Himmel, es sagt uns, wie tief Sie gesunken ist, und wie Sie Ihre Macht in der Gemeindeverwaltung missbrauchten. Daraus folgt, dass Sie Ihres Schamgefühl baren geworden sind.

Vizebürgermeister Emmerling entgegnet auf die Anwürfe des Gemeinderates Haider von den Beratungen in den Ausschüssen keine stenografischen Auszüge vorhanden sind. Es ist daher sehr leicht, sich auf Bemerkungen zu beziehen, oder zu behaupten, dass solche Bemerkungen überhaupt gefallen sind. Herr Gemeinderat Kunschak hat gesagt, dass die Zensur abgeschafft ist. Es ist aber eine Tatsache, dass Sie selbst von uns eine Zensur verlangt haben, dass Sie Beschwerden geführt haben über Anschläge in den Strassenbahnwagen und in den Wartehäuschen. Es ist keine Zensur, wenn wir eine Zensur dadurch üben, dass wir uns nicht einer Gesetzesübertretung mitschuldig machen. Die Wipag ist auch kein Amt sondern ein Geschäft. 35 Prozent gehören Privaten und die anderen der Gemeinde. Nur die Gewista gehört allein der Gemeinde. Alles, was Plakate betrifft, untersteht der Wipag. Wenn Sie auf eine entsprechende Plakatierung Wert gelegt hätten, so hätten Sie eben gemietet. Sie sind eben zu spät gekommen, was nicht zuletzt auf die langwierige Verhandlung bezüglich der Bildung der Einheitsliste zurückzuführen ist. Herr GR. Kunschak hat auch gesagt, dass eine Schaar Menschen auszog, und dann die Plakate überprüfte. Ich weiss keinen Menschen, der dazu irgendeinen Auftrag gegeben hätte. Ich muss die Arbeiter und Angestellten der Wipag in Schutz nehmen, sie haben im letzten Wahlkampf ungeheures geleistet und ihren Dienst klaglos versehen. Nun zur Danksagung, von der auch GR. Kunschak gesprochen hat. In dem Plakat heisst es: Beispielloser Wahlschwindel. Es wurde abgelohnt, deswegen, weil der Magistrat eines Wahlschwindels geziehen wurde, und weil es ein schlechter Beamter gewesen wäre, der das Plakat hätte anschlagen lassen. Herr GR. Kunschak hat auch von Nachlässen gesprochen: Nachlässe werden allen Auftraggebern zuteil, mit denen die Wipag grössere Geschäfte tätigt. Was Sie als

optische Täuschung hinstellen, ist keine optische Täuschung, sondern das Mehr an 120.000 Stimmen und die 73 Sozialdemokratischen Gemeinderäte sind harte real/e Tatsachen, die die Ursache sind, dass Sie in dieser Weise über den Ausgang der Wahl reden. (Stürmischer Beifall).

GR. Kunschak (E.L.) berichtet tatsächlich, dass die christlichsozialde Partei schon Wochen vor der Wahl mit der Wipag ein Einvernehmen gesucht habe und es wiederholter Versuche und Aussprachen bedarf, bis es zu einem Abschluss kam. Herr Vizebürgermeister Emmerling hat auch erklärt, dass wir Plakatstellen hätten mieten können. Ich berichtige tatsächlich, dass wir einen Vertrag gewünscht haben. Der Herr Referent hat auch erklärt, es soll ein Angestellter genannt werden, der bei dem nächtlichen Exkursion beteiligt war. Ich berichtige tatsächlich, dass solche nächtliche Ausfahrten der Wipag stattgefunden haben. Ich habe festgestellt, dass mit Ausnahme des Betriebsratsobmannes, der das Material ausgefolgt hat, nicht konnte. Ich habe die berechtigte Anfrage gestellt, ob dazu Leute ad hoc angestellt wurden, oder ganz fremde Menschen zu der Arbeit herangezogen wurden. Der Herr Referent ist mir darauf die Antwort schuldig geblieben. Tatsache ist, dass der Betriebsratsobmann die Lokalitäten geöffnet und das Material herausgegeben hat. Ob er an der Überprüfung der Plakate beteiligt war, weiss ich nicht. Der Direktor der Wipag ist anwesend, er soll reden und sagen, was wahr ist.

Nach tatsächlichen Berichtigungen des Vizebürgermeisters Emmerling, worin er feststellt, dass die Angestellten der Wipag ihre Pflicht treu erfüllt haben, und die Weisungen der Direktion befolgt haben, wird die Vorlage angenommen. Im Saal herrscht grosser Lärm. GR. Preyer ruft den Sozialdemokraten zu: Sie leben nur auf Kosten des Wahlschwändels. GR. Kunschak ruft dem Direktor der Wipag zu: Sagen Sie Herr Direktor, wer waren die Leute? Der Lärm dauert weiter an.

Für den Saal unverständlich beantragt nun GR. Broczyner (Soz. Dem.) beantragt nun die Genehmigung einer Satzungegenehmigung des Kreditvereines der Zentralsparkasse. Der Antrag wird ohne Debatte genehmigt.

GR. Grolig (Soz. Dem.) referiert über eine Vertragsänderung mit der Wiener Sterilisierungsgesellschaft, der die Führung des Freibankbetriebes übertragen ist. Der Magistrat soll angewiesen werden, den hiefür erforderlichen Pachtvertrag im Sinne des Magistratsberichtes abzuschliessen.

GR. Zimmerl (E.L.) fordert die Vorlage des Vertrages des Magistrates mit der Sterilisierungsgesellschaft an den Gemeinderat und beantragt, dass der letzte Satz des Antrages weggelassen solle.

Der Antrag des Referenten wird angenommen. Der Antrag Zimmerl abgelehnt.

Schluss der Sitzung 10 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, 7. Juni.